

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Feber 1957

74/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H a b e r l, M a r c h n e r, P l a i m a u e r,  
L a c k n e r, E x l e r und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend die Palten-Stahlindustrie in Rottenmann.

-.-.-.-

Die Stadt Rottenmann und ihre Bewohner befinden sich seit Jahren in grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die vor allem durch die bedrohliche Situation des Hauptbetriebes des Ortes, der Palten-Stahlindustrie, hervorgerufen werden. Seit den Anfängen der Eisenerzeugung, die in dieser Stadt bis auf das Jahr 1493 zurückgehen, hat sich die Industrie entwickelt, die für die ganze Gegend von grosser Bedeutung ist. Arbeitnehmer und Gewerbe der Stadt sind auf diese Industrie ausgerichtet und von ihr abhängig. Der Krieg sowie die Nachkriegszeit fügten jedoch dem Werk schwere Schäden zu. Während des Krieges wurden die meisten alten Produktionen verlegt, und nach dem Krieg wurden die Maschinen und Einrichtungen von einer Besatzungsmacht demontiert. Wie in vielen anderen Orten Österreichs liess sich aber auch hier die Belegschaft nicht entmutigen und begann unter schwierigsten Bedingungen den Wiederaufbau des öffentlich verwalteten Betriebes, in der Hoffnung, ihre Arbeitsplätze zu erhalten. Diese Hoffnung wurde jedoch vielfach enttäuscht. Es befindet sich heute nur mehr ein geringer Teil der damals Beschäftigten als Arbeiter und Angestellte im Betrieb, während der grösste Teil nach auswärts zur Arbeit fährt oder überhaupt nicht mehr in der Industrie unterkam, was beides für den Ort katastrophale Folgen hat.

Der Rest der Beschäftigten ringt aber nun seit über zehn Jahren um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Die Belegschaftsvertretung hat aus diesem Anlass immer wieder vor allem beim zuständigen Bundesministerium für Finanzen vorgeprochen sowie an Herrn Bundeskanzler Raab und Herrn Landeshauptmann Krainer appelliert, dabei jahrelang auf viele Mißstände aufmerksam gemacht und um Hilfe gebeten. Sie erhielten wohl Versprechungen, aber eine endgültige Lösung war scheinbar nicht zu erreichen. Die Belegschaft hat daher das Gefühl, dass nicht

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Feber 1957

alles, was möglich war, getan wurde, um eine gesunde Führung des Betriebes zu gewährleisten bzw. um diesen selbst zu erhalten.

So ist ihr nicht bekannt, welche Folgerungen aus den verschiedensten Prüfungen und Untersuchungen gezogen wurden und ob die schon seit langem geforderte Aufnahme von Verhandlungen mit anderen Grossbetrieben auch tatsächlich in die Wege geleitet wurde. Diesen Gedanken eines Anschlusses an einen anderen Betrieb, wie es auch bei der in der Nähe liegenden Hütte Liezen an die VÖEST erfolgreich durchgeführt wurde, hat auch der ehemalige Staatssekretär Dr. Bock unterstützt. Die Arbeiter und Angestellten befürchten aber, dass diese Frage besonders in einer Zeit, wo günstige Voraussetzungen dafür gewesen wären, nicht ernstlich genug behandelt wurde.

Im Zusammenhang mit den Versuchen, dem Werk endlich einmal eine sichere Grundlage zu geben, wurde auch der Gedanke einer Auslastung mit Heeresaufträgen ausgesprochen, wobei die Belegschaft selbstverständlich alle Massnahmen begrüsst, die den Betrieb erhalten können und ihn wieder auf eine Höhe bringen, die zumindest einem grösseren Teil der ehemals Beschäftigten Arbeitsmöglichkeiten bietet. Jede andere Entwicklung jedoch müsste die alte Eisenstadt in eine Katastrophe stürzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) ob alle Vorkehrungen für eine Aufwärtsentwicklung des Betriebes getroffen wurden;
- 2) ob zumindest Sicherheit für die Erhaltung der Arbeitsplätze und der sozialen Rechte für die jetzt Beschäftigten besteht;
- 3) wenn die Arbeitsplätze nicht gesichert sind, was alles geschehen ist, um die Gefahr von Entlassungen abzuwenden und um Verhandlungen mit anderen Betrieben aufzunehmen.